

Zukunft des Reichtums, Zukunft der Armut¹

Brigitte Unger

*Wir sind reicher als wir je waren
und können uns plötzlich den
Wohlfahrtsstaat nicht mehr leisten?*
Kurt Rothschild

1. Einleitung

Seit Ende der 2000er Jahre kam es zu deutlichen Veränderungen der wirtschaftlichen Entwicklung. Zwar erholte sich die Wirtschaft, nicht aber der Sozialstaat. Man konnte einen wirtschaftlichen Aufschwung beobachten, von dem nur wenige profitierten. Die Armut wuchs obgleich ein Rückgang der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen war. Schlecht bezahlte Jobs die zum Leben nicht reichten, ließen die Armut weiter ansteigen. Dauerhafte Arbeitslosengeld-II-Bezieher (Hartz IV) krönten das Heer der Armen. Während die Armut trotz verbesserter Wirtschaftslage zunahm, stieg der Reichtum ungebremst weiter. Steigender Reichtum und steigende Armut trieben die Schere der Ungleichheit weiter auseinander. Ungleichheit wurde zum politischen und auch wissenschaftlichen Thema. So etwa wurde Thomas Pikettys Ungleichheitsstudie „das Kapital im 21. Jahrhundert“ zum Bestseller. Er zeigte darin, dass wenn Finanzmärkte stärker wachsen als Gütermärkte, Ungleichheit weiterhin zunehmen wird. Statt Jobs im realen Sektor werden Spekulationsblasen aufgebaut. Die negativen Folgen davon, wie geringere Kaufkraft der Armen, und zu viel Sparen der Reichen wird immer weitere Krisen hervorrufen. Ungleichheit richtet wirtschaftlichen Schaden an. Armut kommt die Wirtschaft teuer zu stehen. Armut ist schlecht fürs Geschäft. Darum forderte Piketty dringend eine massive Umverteilung von Einkommen und Vermögen.

2. Definition von Armut

Seit Mitte der 1970er Jahre entwickelt die EU ihre Armutspolitik. Zuerst sammelte sie die Erfahrungen ihrer Mitgliedsländer über Armut, danach versuchte sie einheitliche Definitionen und Politikziele zu formulieren. Während Armut ein Thema wurde, blieb Wohnungslosigkeit ein Tabu. Über Wohnungslose gibt es bis heute nur sehr wenig Zahlen, und schon gar keine international vergleichbaren. Die BAG Wohnungslosenhilfe schätzte (das war noch vor

dem großen Zustrom von Geflüchteten), dass es in Deutschland 2014 335.000 Wohnungslose gibt, die bis 2018 auf 536.000 ansteigen werden.

1984 legte die EU ihre Armutsdefinition fest, die bis heute gültig und fortschrittlicher als die dann gewählte Praxis ist:

„Als verarmt sind jene Einzelpersonen, Familien und Personengruppen anzusehen, die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist.“

Fortschrittlich an dieser Definition ist, dass Armut relativ zum Rest der Bevölkerung gesehen wird. Ein Armer unter meist Armen in Indien leidet weniger als ein Armer unter Reichen in den USA. Dies hat der Ökonom und Nobelpreisträger Amartya Sen in seinen Vergleichen zwischen indischen Stadtteilen und Harlem gezeigt. Der Stress und die Todesraten von Armen, die unter Reichen leben, sind höher als wenn Arme unter Armen leben. Demgegenüber spricht man von absoluter Armut, wenn das Überleben der Betroffenen unmittelbar bedroht ist (z. B. die Weltbank schätzt das Überlebens-Existenzminimum auf 2 Dollar pro Tag). Absolute Armut gibt es innerhalb Europa wenig.

Neben dem unmittelbaren Überlebensminimum (Essen, Wohnen) gibt es aber in der EU-Definition auch ein soziokulturelles Existenzminimums; das von ihr gefordert wird. Dieses beinhaltet nicht nur Geld, sondern auch die Möglichkeit des Armen sozial und kulturell tätig zu sein, also als Jugendlicher eine Disko besuchen zu können, Freunde einladen zu können, im Fußballclub spielen zu können, Theater/Kino besuchen zu können etc. Armut ist schlimmer als nur kein Geld zu haben. Sie grenzt sozial und kulturell aus, und gerade deshalb sind die Forderungen eines soziokulturellen Existenzminimums und von „Inklusion“ so wichtig.

Während sich die EU und die EU-Länder mit Armut und der Definition von Armut beschäftigt haben, fehlt eine entsprechende Reichtumsdefinition. Wann ist jemand reich?

3. Die Anti-Armuts politik der EU

1975 nach dem Ölschock hat es das erste Anti-Armuts-Programm der EU gegeben. Es war vor allem eine Bestandsaufnahme der Armuts politik der Mitgliedsländer. Dann war eine längere Pause. 1984 einigte man sich auf die oben beschriebene Definition von Armut. 1990 bis 2000 hat man begonnen. länderübergreifende Studien zu machen. Im Jahr 2000 setzte die EU auf die

sogenannte "Offene Methode der Koordinierung". Das heißt man versuchte Daten offenzulegen, alles transparent zu machen und eine Latte (ein benchmarking) vorzugeben, ab wann eine Armuts politik erfolgreich ist. Länder sollten sich hierbei gegenseitig über die Schulter schauen wie sie Armut bekämpfen und freiwillig die positiven Ansätze (best practice) der Nachbarn übernehmen.

Die EU hat zu diesem Zweck auch eine eigene Datenbank zur Armut entwickelt. In dieser EU-Datenbank findet man Umfrageergebnisse, die die Einkommens und Lebenssituation aller EU-Länder minutiös erfassen. Die Datenbank heißt EU SILC Datenbank und Daten können gratis heruntergeladen werden unter: <http://ec.europa.eu/eurostat/web/income-and-living-conditions/data/database>.

Im Frühjahr 2010 beschloss der Rat der Europäischen Union die Strategie Europa 2020. Eines der Kernziele der Europäischen Union ist dabei die Verminderung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Für die Messung der Gefährdungslagen wurden zunächst die Armutsgefährdungsquote (sie gibt an, wie hoch der Anteil der armutsgefährdeten Personen an der Gesamtbevölkerung ist) herangezogen. Armutsgefährdet ist, wer weniger als 60% des mittleren Einkommens (präziser: des Medianeinkommens) der Bevölkerung hat. Geringes Einkommen, zu wenig Geld haben, ist bis heute noch das zentrale Kriterium zur Ermittlung von Armut. Zusätzlich wurden zwei weitere Sozialindikatoren eingeführt: der Anteil der Bevölkerung mit erheblicher materieller Entbehrung (auch: erhebliche materielle Deprivation genannt) und der Anteil der Personen, die in einem Haushalt mit sehr geringer Erwerbsbeteiligung (auch: Erwerbslosenhaushalt genannt) leben. Materielle Entbehrung wird durch Umfragen (EU SILK Datenbank) ermittelt, wo Fragen wie, haben Sie einen Farbfernseher, eine Waschmaschine, ein Telefon, essen Sie mindestens zweimal die Woche Fleisch oder Fisch, fahren Sie auf Urlaub, haben Sie ein Auto, haben Sie keine Zahlungsrückstände bei Strom und Miete, Heizung) gestellt werden. Wenn vier von diesen neun Indikatoren galten, war man 2013 in Deutschland materiell depriviert. Diese Fragen werden zur Zeit noch weiterentwickelt.

Zentral in der EU-Messung von Armut ist stets noch das Einkommen. Die viel fortschrittlichere Armutsdefinition der EU von 1984, die die soziokulturelle Teilhabe der Armen am Leben betonte, ist in den Zahlen nur mager abgebildet. Es hat leider auch eine Verschiebung in der Sprache über Armut gegeben. Während man früher von „sozialer Teilhabe“ sprach, spricht man jetzt

von „Humankapital“. Der EU ist es wichtig, die Teilnahme am Erwerbsleben zu betonen. Sie will die Leute wieder in die Arbeit bringen. Kapital kommt bekanntlich von capita, Kopf. Es war die Anzahl der Köpfe der Rinder, die früher Reichtum ausmachten. Humankapital heißt dann wohl, dass man die Armen als menschliche Rindviecher betrachtet. Die Akzentuierung von Armut als Humankapital, statt wie früher als soziale Teilhabe und Inklusion, ist ein klarer Rückschritt in der EU-Armen-Politik.

Umgesetzt wurden 2010 diese Europa 2020-Ziele in europäischen Semestern. Das heißt, es gibt nationale Sozialberichte, nationale Reformprogramme, peer reviewing, d. h. Vertreter eines Landes gehen zum anderen Land und schaut diesem über die Schulter und beurteilen es ob es Armut gut bekämpft hat. Nationale Armutskonferenzen werden abgehalten.

Als großen Fortschritt sehe ich, dass in Europa 2020 zum ersten Mal ein konkretes Ziel formuliert wurde. Man hat sich vorgenommen die 122 Millionen Armen in Europa zumindest auf 100 Millionen zu reduzieren, das heißt die Armut um 20 Millionen zurückzubringen bis zum Jahr 2020. Das ist zumindest ein erstes konkretes Ziel und in diesem Sinne positiv zu bewerten. Mal sehen, ob es erreicht wird.

4. Im Nebel der Zahlen

Der emsige Versuch, Armut zu messen, hat mittlerweile kuriose Ausmaße erreicht. Der erfreuliche Gratiszugang zu den EU Daten hat leider dazu geführt, dass wir in einem Nebel von fast gleich klingenden Zahlen fast ersticken. Es ist, als ob die Armut mit all den vielen Zahlen wegdefiniert wird. Denn wenn man einen Absatz in einer Tageszeitung über Armut liest, dröhnt einem der Kopf und man weiß am Schluss nicht mehr, wie hoch die Armut ist und ob sie gesunken oder gestiegen ist. Die folgenden drei Absätze geben eine Kostprobe davon. Sie zeigen die Teilindikatoren zur Erfassung von Armut und sozialer Ausgrenzung auf.

4.1 Armutsgefährdung

2013 waren in Deutschland 16,1% und 2015 16,7% der Bevölkerung – also jede sechste Person – von monetärer Armut bedroht. Das entsprach 2015 rund 13,4 Millionen Menschen. Der Anteil der armutsgefährdeten Personen ist damit gegenüber 2013 gestiegen. Eine Person gilt nach der EU-Definition für EU-SILC als armutsgefährdet, wenn sie über weniger als 60% des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung verfügt (Schwellenwert der

Armutsgefährdung). 2015 lag dieser Schwellenwert für eine alleinlebende Person in Deutschland bei 1.033 Euro im Monat und war damit höher als 2014 (987 Euro im Monat) und 2013 (ca. 950 Euro im Monat). Für zwei Erwachsene mit zwei Kindern unter 14 Jahren lag der Schwellenwert 2015 bei 2.170 Euro im Monat.

4.2 Erhebliche materielle Deprivation

4,4% der Bevölkerung in Deutschland waren im Jahr 2015 von erheblicher materieller Entbehrung betroffen. Dies ist gegenüber den Vorjahren ein Rückgang der materiellen Deprivation (2014: 5,0% und 2013: 5,4%). Materielle Deprivation bedeutet, dass ihre Lebensbedingungen aufgrund von fehlenden finanziellen Mitteln eingeschränkt waren. Sie waren z. B. nicht in der Lage, ihre Rechnungen für Miete, Hypotheken oder Versorgungsleistungen zu bezahlen, ihre Wohnungen angemessen zu beheizen oder eine einwöchige Urlaubsreise zu finanzieren.

4.3 Sehr niedrige Erwerbsbeteiligung

9,8% der Bevölkerung unter 60 Jahren lebten in einem Haushalt mit sehr niedriger Erwerbsbeteiligung (2014: 10,0% und 2013 9,9%) und damit in Haushalten, in denen die tatsächliche Erwerbsbeteiligung der erwerbsfähigen Haushaltsmitglieder insgesamt weniger als 20% betrug.

Als arm oder sozial ausgegrenzt gilt eine Person dann, wenn eines oder mehrere der drei oben genannten Kriterien (Armutsgefährdung, materielle Deprivation, sehr niedrige Erwerbsbeteiligung) auf sie zutreffen. Demnach waren 2015 20% der Bevölkerung das sind rund 16 Millionen Menschen in Deutschland arm. Zwei Jahre zuvor waren es 20,3% der Bevölkerung.

EU-weit waren 2015 17,3% der Bevölkerung von Armut bedroht, 8,1% von erheblicher materieller Entbehrung betroffen, und 10,5% lebten in einem Haushalt mit sehr niedriger Erwerbsbeteiligung. Die Armut in der EU liegt mit 23,7% höher als in Deutschland (EU SILC für 2015).

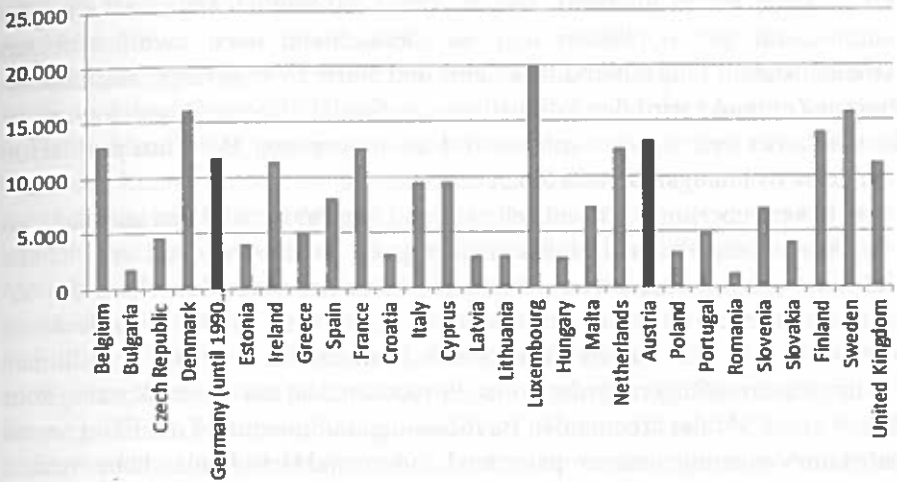
Festzustellen ist, dass die Armut mit leichten Schwankungen seit 2000 ziemlich konstant geblieben ist. Ein wichtiger Grund für Armut ist die sehr niedrige Erwerbsbeteiligung. Die Leute haben einfach keinen Job oder zu wenig Jobs oder nur Teilzeitjobs oder Jobs mit denen sie nicht den Haushalt ernähren können. Auch die materielle Deprivation ist mit rund 5% für ein reiches Land sehr hoch.

Arm ist man in Deutschland wenn man als Haushalt mit einer Person weniger als 1.033 Euro im Monat verdient (im Jahr 2015). Die gängige Reichtumsgrenze in Deutschland liegt bei einem Einkommen von mehr als 200% des mittleren (Median)-Einkommens. Das sind ca. 3.000 Euro pro Monat. Hierbei werden weder Vermögen noch Schulden mit berücksichtigt. Eine Differenzierung zwischen einem Einkommen von 3000 Euro pro Monat und ein paar Millionen pro Monat erfolgt nicht. Reich ist man also ziemlich schnell in Deutschland und von dem 0,1 Prozent der wirklich Reichen hört man so gut wie nichts.

5. Armut im EU-Vergleich

Auch innerhalb der EU ist es bedenklich, wenn im reichsten Wirtschaftsraum der Erde materielle Deprivation bestehen. Mit den Indikatoren sich einen Farbfernseher, ein Auto, eine Waschmaschine leisten können oder Urlaub oder jeden zweiten Tag Fleisch oder Fisch, lassen sich materielle Entbehrungen der Armen nur teilweise erfassen. Die Armutsgrenzen innerhalb der EU-Mitgliedstaaten weisen sehr große Unterschiede auf. So ist man in Deutschland arm, wenn man im Jahr ca. 12.000 Euro verdient, in Rumänien hingegen wenn man 1.250 Euro im Jahr verdient. Ein Armer in Deutschland ist demnach in Rumänien wohlverdienend. Diese großen Unterschiede der Armutsgrenzen innerhalb der europäischen Länder machen eine einheitliche Armutspolitik nur sehr schwer möglich.

Abb. 1: Armutsgrenzen in 28 EU-Ländern in Euro (60% des Medianeinkommens nach Umverteilung)



6. Die vergessenen Reichen

Aus Schätzungen von Forbes, einer Zeitschrift die jedes Jahr die 500 Reichsten Deutschen kürt, sieht man, dass große Vermögenszuwächse bei den 0,1% der-Top-Reichsten stattgefunden haben. Wirkliche Statistiken darüber gibt es aber nicht. In Deutschland wird Vermögen vor allem in den Betrieben angespart, weshalb Vorschläge über die Besteuerung des Vermögens auch immer gleich mit dem Argument, Betriebe schließen und Leute entlassen zu müssen, abgelehnt werden. So kann unverteuert Vermögen angehäuft werden. Befragungen wie die des Sozioökonomische Panel (SOEP) oder die EU Befragungen (EU SILC) treffen nicht die Top 1% der Reichsten. Denn Reichtum ist diskret und pocht auf Schutz der Privatsphäre. Ein Hartz-IV-Empfänger hat diese Privatsphäre nicht. Bei ihm wird selbst die Anzahl der Zahnbürsten im Badezimmer gezählt, um nur ja Betrug auszuschließen. Aber vielleicht wissen ja nicht nur die Wissenschaftler, sondern auch die Reichen selbst nicht, wieviel sie besitzen. So etwa äußerte sich Gloria Thurn und Taxis einmal: „Wer wirklich reich ist, weiß nicht wieviel er besitzt“. Im ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2001) fanden sich jedenfalls nur 10 von 200 Seiten über Reichtum.

7. Wer ist von Armut betroffen?

Am stärksten armutsgefährdet sind in Deutschland Arbeitslose (67% der Arbeitslosen gelten als arm). Dieser Anteil ist deutlich höher als im EU-Durchschnitt (46%). Wobei man in Deutschland nach zwölf Monaten Arbeitslosigkeit langzeitarbeitslos wird und Hartz IV empfängt, das heißt ab diesem Zeitpunkt wird der Arbeitslose zum Sozialhilfeempfänger degradiert. Es heißt aber auch, dass er mit einem Einkommen von 399 Euro pro Person und dazu Wohnungszuschuss leben muss.

AlleinerzieherInnen, Alleinstehende und Ausländer sind die am stärksten von Armut betroffenen Bevölkerungsgruppen. In Deutschland entwickelte sich eine große Gruppe von „Working Poor“, das sind Menschen, die obwohl sie arbeiten unter der Armutsgrenze liegen. Das heißt sie verdienen so wenig, dass es zum Leben kaum reicht. Deutschland liegt mit 5 Millionen Niedriglohneempfängern an der Spitze Europas und ist mit einem Working Poor Anteil von 8,9% der arbeitenden Bevölkerung im Spitzenfeld der EU. Es wird dabei nur von einigen osteuropäischen Ländern und Griechenland übertroffen. Das Risiko, arm zu sein steigt im Alter (Altersarmut), wo Renten nicht ausreichen. Ein in letzter Zeit stark diskutiertes Phänomen ist auch Kinderarmut. In die Armut rutscht man durch Krankheiten. Auch die Familiengröße (mehr als zwei Kinder) und das Geschlecht spielen eine Rolle. So sind Frauen öfter arm als Männer, was sowohl durch geringere Ausbildung, als auch durch weniger Arbeitszeiten aufgrund von Pflege und Kindererziehung bedingt ist.

8. Ursachen von Armut

Auffallend ist eine deutliche Verfestigung der Ungleichverteilung. Wer einmal arm ist, ist immer arm. Wer einmal reich ist, ist immer reich. Aufstiegschancen verringern sich deutlich. Armut wird immer häufiger vererbt. Armut hat strukturelle Ursachen in der Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen. Je ungleicher eine Gesellschaft ist, desto mehr dauerhafte Armut existiert und desto mehr Kinderarmut gibt es.

Armut ist nicht selbst verursacht, sondern eine Folge von Wirtschaftspolitik, Finanzmarktpolitik, Sozialpolitik, Steuerpolitik, Arbeitsmarktpolitik und Bildungspolitik. Es ist die Politik, die die Rahmenbedingungen schafft, innerhalb der Menschen arbeiten und verdienen oder eben arm bleiben. Ein Bildungssystem, das soziale Benachteiligungen nicht ausreichend ausgleicht, ein Arbeitsmarkt, der gering Qualifizierten kaum mehr Jobmöglichkeiten bietet, eine Steuerpolitik, die zu wenig Steuern von gut Verdienenden ein-

treibt, um den Wohlfahrtsstaat zu finanzieren, eine Sozialpolitik, die Arme nicht ausreichend absichert, eine Finanzmarktpolitik, die Banken ungestraft wachsen lässt und kleine Sparer kurz hält, kurzum eine Wirtschaftspolitik, die der Umverteilung keine Priorität einräumt, verursachen Armut. Dass Frauen stärker als Männer betroffen sind, ist ebenfalls eine Folge der Politik. So etwa ist die sozialpolitische Gleichstellung von atypischer Arbeit und Normalarbeit in Deutschland nicht gegeben. Wenn sich in Deutschland zum Beispiel eine Frau "den Luxus" leistet, zwei Kinder zu bekommen, dann kann es sein, dass sie im Alter mit vierzig Prozent weniger Rente dasteht, als eine Frau ohne Kinder. Das Sozialsystem in Deutschland sichert die Übergänge zwischen Ausbildung, Beruf, Alter für manche Gruppen zu wenig ab. Damit verursacht es Altersarmut vieler Frauen.

Die gute Nachricht: Wenn Armut strukturell ist und politisch verursacht wird, dann kann Armut auch wieder beseitigt werden. Dafür müssten allerdings größere Zusammenhänge zwischen Wirtschaftspolitik und Armut erkannt und verändert werden. Ein wichtiger Verursacher von Armut ist das Auseinanderklaffen von realer Welt und finanzieller Welt. Während in den 1980er Jahren das Weltbruttoinlandsprodukt in etwa gleich hoch war wie der weltweite Bestand an Finanzanlagen, also ein Euro Geld für einen Euro Güter vorhanden war, sind aufgrund des Anwachsens der Finanzmärkte heute sechs Euro finanzielle Mittel für einen Euro Güter vorhanden. Die Einkommensverteilung hat sich seit dem enormen Wachstum der Finanzmärkte drastisch verschlechtert. Finanzanleger müssen immer neue Spekulationsobjekte finden, um ihr Geld anzulegen, was zu Krisen und sozialem Elend führt. So etwa führten die Spekulationen in den US-Wohnungsmarkt der Ärmsten, zum Kollaps des US-Wohnungsmarktes, was Auslöser der Finanzkrise 2008 war. Dann wurde in Rohstoffmärkte spekuliert, was die Grundnahrungsmittelpreise in schwindelerregende Höhen trieb und die Hungerprobleme in der Dritten Welt verschärfte. Als Staaten nach der Finanzkrise und wegen der Stützung ihrer Banken hoch verschuldet waren, wurde plötzlich in die angeschlagenen Staaten und ihre Staatsschulden spekuliert. Die Zinsen auf griechische Staatsanleihen wurden dabei so hoch getrieben, dass Griechenland in eine schwere Verschuldungskrise gestürzt wurde. Finanzmärkte spekulierten nämlich auf die Zahlungsunfähigkeit Griechenlands, kauften griechische Staatsanleihen, die sie gleichzeitig mit Credit Default Swaps absicherten. Wenn Griechenland zahlungsunfähig würde, würde die Credit Default Versicherung einspringen. Wenn es nicht

zahlungsfähig würde, lohnten sich die hohen Zinsen auf die griechischen Staatsanleihen für Spekulanten. Eine Win-Win Situation für Spekulanten zum Nachteil des Öffentlichen Sektors und der Bevölkerung. Öffentliche Gelder wurden in der Finanzkrise für Bankgarantien statt für Sozialausgaben verwendet. Während man davor vorgab im Sozialbereich sparen zu müssen, waren plötzlich milliardenschwere Finanzhilfen für den Bankensektor vorhanden. Die Finanzhilfe an Griechenland mit deutschen Steuergeldern landete als Rückzahlung der Schulden an die deutschen Banken großteils wieder in Deutschland. Es fand damit eine Umlenkung von deutschen Steuergeldern an deutsche Banken statt. Damit erfolgte auch eine enorme Aushöhlung des Öffentlichen Sektors. Demokratiepolitisch war dies ebenfalls eine problematische Entwicklung. Denn der Staat wurde immer „unsichtbarer“. Ein Staat, der nicht mehr in Wohnungen, Gesundheit, Schulen, und Renten investiert, sondern in Bankgarantien und Exportstützung, wird unsichtbar. Wer sollte sich dann schon für Wahlen engagieren? Wer sollte diesem Staat noch glauben, dass er Armut bekämpfen kann und will?

9. Lösungsvorschläge

Einerseits müssen die makroökonomischen Rahmenbedingungen verändert werden. D. h. Finanzmärkte müssen gestoppt werden, Derivate und andere spekulativen Anlagen verboten werden, sodass die Kluft zwischen finanziellem Sektor und realer Wirtschaft wieder verringert wird.

Konkretere Vorschläge dienen der unmittelbaren Absicherung der Ärmsten. Hierzu gehören:

- ein Recht auf Wohnen und mehr leistbare Wohnungen
- eine bessere Mindestsicherung, die z. B. die tatsächlichen Wohnungskosten inklusive Energiekosten abdeckt
- eine Reform des Arbeitslosengeld-II
- einen Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen, wie Schuldenberatung, Delogierungsprävention, Beratungsstellen für MigrantInnen, Frauenberatungsstellen, bessere Gesundheitsangebote, besserer Bildungszugang, ein flächendeckendes Angebot an Kinderbetreuungsplätzen, Pflegehilfen, um nur einige Beispiele zu nennen

Neben den unmittelbaren Maßnahmen zur Armutsbekämpfung, sollten vor allem existenzsichernde Arbeitsverhältnisse geschaffen werden, die Working Poors verhindern. Dazu gehören:

- angemessene gesetzliche und tarifliche Mindestlöhne und
 - eine sozialpolitische Gleichstellung von atypischer Arbeit und Normalarbeit
 - auch die Jugendarbeitslosigkeit muss bekämpft werden, denn Jugendarbeitslosigkeit ist eine tickende Zeitbombe für Stabilität in der Zukunft.
- Hierzu muss die Bildungspolitik einen wichtigen Beitrag leisten.

Um das Auseinanderklaffen der Schere zwischen Arm und Reich zu verhindern, sorgten sich bereits die alten Griechen. So etwa meinte Aristoteles in Politik, Siebentes Buch, dass Akkumulation (von Reichtum) erlaubt sein sollte, aber dass kein Bürger mehr als das Fünffache des anderen besitzen sollte. Aristoteles beruft sich dabei auf Phaleas (400 v. Chr) als den ersten Verfassungstheoretiker, der die Ursache für soziale Unruhen und Bürgerkriege in ungerechter Vermögens- und Besitzverteilung sah. Er habe laut Aristoteles gefordert, bei der Gründung neuer Staaten bzw. Kolonien alle Bürger finanziell gleichzustellen. Für bereits existierende Staaten empfahl er die kontinuierliche Verheiratung von armen und reichen Leuten, wobei jeweils nur die Reichen eine Mitgift zu stellen hätten.

Nun, in modernen Zeiten haben wir statt Heirat ein Steuersystem, das die Obergrenze für Reichtum festlegen und das Verhältnis 1 : 5 zwischen Arm und Reich durch Umverteilung herstellen könnte.

Was Aristoteles und ähnlich auch Plato, der für ein Verhältnis von 1:4 zwischen Arm und Reich plädierte, aber bis heute „modern“ bleiben lässt, ist ihre Sorge um die negativen Folgen von Ungleichheit auf Demokratie. „Wenn die Reichen zu reich werden, werden sie gierig und korrupt, und wenn die Armen zu arm werden, zwingt man sie zu stehlen“ (so Plato). Daher ist Ungleichheit für eine Gesellschaft und ihren Zusammenhalt eine große Gefahr.

In jüngster Zeit machte Thomas Piketty, in seinem viel beachteten Werk „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ Vorschläge, wie man dem gefährlichen Auseinanderklaffen von Arm und Reich begegnen könne. Er meinte: Es darf nicht sein, dass Erben und reich Heiraten wieder wichtiger wird als Arbeiten, um damit sein Leben finanziell zu gestalten. Dies gefährdet Gesellschaft und Demokratie. Deshalb fordert er eine stufenweise ansteigende, stark progressive Vermögenssteuer von 0,1% für Vermögen zwischen 0 und 200.000 Euro, von 0,5% für Vermögen zwischen 200.000 Euro und eine Million, von 1% für Vermögen zwischen einer Million und fünf Millionen, von 2% für Vermögen zwischen fünf Millionen und einer Milliarde und von 5% bis 10% ab eine Milliarde. Auch fordert er hohe Steuersätze (einen Grenzsteuersatz von über 80%) für Spitzen-Einkommen.

Manche mögen die Forderungen Pikettys als extrem empfinden, aber wir haben heute eine extrem ungerechte Einkommensverteilung von 1 : 1.000.000 oder noch mehr, die es historisch noch nie gab. Selbst ein Kaiser hatte früher nicht mehr als 2.000 Mal so viel Einkommen wie seine Untertanen. Die modernen Kaiser der Finanzwelt, Hedgefondsmanager und Ähnliche haben hingegen in ihrer Gier jedes Maß und jeden Anstand überschritten.

10. Schlussfolgerungen

Wenn wir aus der Finanzkrise etwas Positives gelernt haben, dann dass genug Geld vorhanden ist. Wie schnell Milliarden zur Bankenrettung vom Öffentlichen Sektor herbeigezaubert werden konnten, der zuvor über jede klitzekleine Ausgaben selbst für Schulbücher haderte, hat uns gezeigt, dass es nicht am Geld liegt. Niemand glaubt heute mehr, dass der öffentliche Sektor Ausgaben, wenn er sie wirklich tätigen will, nicht tätigen kann. Wie ja auch schon der österreichische Ökonom Kurt Rothschild in den 1990er Jahren feststellte: Wir sind reicher als wir je waren, und können uns plötzlich den Wohlfahrtsstaat nicht mehr leisten? Das glaubt doch niemand! D. h. es muss wieder der politische Wille zur Umverteilung gegeben sein. Geld ist jedenfalls genug da! Ja, sogar zu viel, denn das Verhältnis von Finanzen zu realer Welt ist aus dem Gleichgewicht. Die Forderungen einer Steuer auf alle finanziellen Transaktionen (Finanztransaktionssteuer) hätte, wäre sie eingelöst worden, 20 bis 50 Milliarden Euro bis 2020 bringen können. Stattdessen gab es immer weitere Diskussionen um Ausnahmen. Dass Derivate, die hochspekulativsten Anlageformen, die zu mehreren Krisen in der Vergangenheit geführt haben, ausgenommen wurden, und man sich acht Jahre nach der Finanzkrise noch immer nicht einigen konnte, sie einzuführen, zeigt, dass der politische Wille zur Umverteilung nicht sehr ausgeprägt ist.

Eine weitere Möglichkeit Geld in die Kassen des öffentlichen Sektors zu bringen, ist es, Steuerlöcher zu stopfen und Steuervermeidung zu verringern. Weltweit liegen ca. 32 Billionen Dollar Finanzanlagen in Offshore-Zentren, so Global Financial Integrity. Die Entdeckung der Panama Papers und die Ungeheuerlichkeit, mit der eine korrupte Elite ihre Gelder vor dem Finanzamt in Offshore Zentren in Sicherheit bringt, haben Salz in die Wunden der Armen gestreut, aber auch viele Menschen wach gerüttelt.

Auch für Deutschland gilt, dass Steuerhinterziehungsgelder effizienter eingetrieben werden müssen. Dass Schweizer Banken berichteten, dass Deutsche 100 Milliarden in der Schweiz geparkt hatten (die sie wahrschein-

lich inzwischen in einer sichereren anderen Steueroase geparkt haben), zeigt, über welche Beträge wir hier sprechen. Damit kann Armut locker gestoppt werden.

Armut ist kein Schicksal, das man hinnehmen muss! Ungleichheit kann bekämpft werden.

Mit Dank an die MitarbeiterInnen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts WSI in der Hans Böckler Stiftung in Düsseldorf, insbesondere an Dorothea Spannagel, die Material für den Vortrag zusammengestellt haben.